

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU

Bremische Erinnerungskultur zu nationalsozialistischen Verbrechen durch ‚Arisierungsmahnmal‘ weiterentwickeln

Mit dem Versterben der Menschen, die den Nationalsozialismus und seine Verbrechen noch selbst erlebt und erlitten haben und die ihre Erlebnisse und Erfahrungen noch aus eigener Anschauung an die nachwachsenden Generationen weitergeben konnten, nimmt die Verantwortung von Politik und Gesellschaft, geeignete Formen der Erinnerung und Mahnung zu schaffen, noch einmal zu. Vergangenheit in der Gegenwart erfahrbar zu machen, Lehren zu ziehen und der Würde der Opfer gerecht zu werden bleibt in Deutschland und Bremen eine besondere Aufgabe. Sie gelingt besonders authentisch, wenn lokale Aspekte und Besonderheiten in die Erinnerungskultur einfließen. Mit dem Bunker Valentin und der dort geschaffenen Erinnerungsstätte, insbesondere auch für die dort missbrauchten und zu Tode gekommenen Zwangsarbeiter, gibt es hierfür in Bremen ein erstes sehr gelungenes Beispiel.

Erinnerung und Mahnung sind Arbeit an der Versöhnung von Vergangenheit und Gegenwart mit dem Ziel, Wahrheit vor dem Vergessen zu bewahren und Maßstäbe für gegenwärtiges Handeln zu erhalten. Sie schützt insofern vor wertebezogener Beliebigkeit und kann Ergebnis schmerzhafter Prozesse sein, zu denen es keine Alternative gibt. Sie kann andererseits nur gelingen, wenn sie nicht selbst Ausgangspunkt von polarisierender Diskussion und Stigmatisierung gegenwärtiger Menschen, Gruppen, Organisationen oder ganzer Generationen wird. Wirksame Erinnerungsarbeit ist immer Ergebnis von Dialog und Beteiligung, nie von Belehrung oder von aufoktroierten Prozessen. Sich dieser Erinnerungsarbeit und auch eigener Verstrickung, Mitverantwortung und Schuld zu stellen ist dabei Chance und gesellschaftliche Erwartung gleichzeitig. Viele Unternehmen und Verwaltungen in Deutschland, aber auch in Bremen (z.B. jüngst die Steuerverwaltung), haben proaktiv entsprechende Prozesse initiiert, z.T. sogar Erinnerungs- und Lernorte geschaffen und im Ergebnis einen Beitrag zur eigenen Glaubwürdigkeit geleistet, von dem die Betroffenen und Beteiligten, aber auch wir gesellschaftlich insgesamt, immer profitieren. Deshalb haben sowohl der Entstehungsprozess als auch das realisierte Mahnmal hinsichtlich des Ortes, der (pädagogischen) Gestaltung und der Beteiligung eine eigene und eine gemeinsame Bedeutung und Botschaft.

Die historisch einmaligen Verbrechen der Nazi-Zeit gegen die jüdische Bevölkerung in Europa, Deutschland und Bremen haben viele Facetten und Beteiligte. Es ist unter anderem auch die perfide „Logistik“ – und damit Personen, Betriebe und Unternehmen –

gewesen, die in den unterschiedlichsten Bereichen als Erfüllungsgehilfe einer menschenvernichtenden Diktatur tätig geworden ist. Eine besondere Form des verbrecherischen Umgangs insbesondere mit der jüdischen Bevölkerung war die sog. ‚Arisierung‘. Möbel und Gebrauchsgegenstände des täglichen Bedarfs wurden im großen Stil geraubt und ‚umverteilt‘. Dieser Prozess wäre ohne die Beteiligung von Logistikunternehmen, insbesondere auch in und aus Bremen, die teilweise auch noch heute existieren, nicht möglich gewesen. Dieser Teil der Geschichte mit einer besonderen lokalen Betroffenheit und Beteiligung bedarf gleichzeitig der Aufarbeitung und der Bewahrung im kollektiven Gedächtnis. Dazu ist eine Erinnerungsstätte, die diesen Bereich insbesondere auch bremischer Geschichte darstellt und erklärt, besonders geeignet. Hierzu wollen wir einen Dialog anregen, bei dem wir gleichzeitig erwarten, dass sich relevante Akteure und Gruppen aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Unternehmen konstruktiv, kritisch und offen, auch im Hinblick auf die eigene Rolle und Verantwortung, beteiligen.

Die Aufarbeitung der eigenen Geschichte ist kein Selbstzweck. Sie ist zuerst ein wichtiger Beitrag dazu, den Opfern ihre Würde zurückzugeben. Sie ist aber auch immer Teil der Verantwortung der gegenwärtigen Generation für die Zukunft. Tendenzen extremistischer politischer Orientierungen sind eben auch Ergebnis von Geschichtsvergessenheit und nachlassender Sensibilität für historische und kollektive, aber nicht persönliche Verantwortung. Geschichte im Allgemeinen, und die nationalsozialistische Zeit im Besonderen, muss deshalb im öffentlichen Raum Bremens erfahrbarer als bisher werden. Die Erinnerungskultur in Bremen bedarf im Allgemeinen einer breiteren gesellschaftlichen und konsensorientierten Diskussion, aber auch einer nachhaltigeren, ganzheitlich vernetzten und zielorientierteren Entwicklung. Wir sehen in einem Mahnmal zur Erinnerung an die sog. ‚Arisierung‘ dazu einen (weiteren) konkreten Beitrag und einen wichtigen Baustein. Dieses ist insgesamt eine gute Möglichkeit, einen Teil nationalsozialistischer Schuld und Verantwortung in und für Bremen sichtbar zu machen und in einem gemeinschaftlichen Prozess aufzuarbeiten.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

1. Die Stadtbürgerschaft spricht sich für die Errichtung eines Mahnmales zur Erinnerung an die sog. ‚Arisierung‘ aus und sieht dieses als wichtigen Beitrag zur Entwicklung einer nachhaltigen und möglichst breit akzeptierten Erinnerungskultur für die Bewahrung und Aufarbeitung des Angedenkens an nationalsozialistische Verbrechen gegen die Juden aus ganz Europa in Bremen an. Sie ist der Auffassung, dass die Konkretisierung das Ergebnis eines möglichst breiten und konsensorientierten Dialogprozesses sein sollte, an dem Politik und Verwaltung, Träger diesbezüglicher besonderer gesellschaftlicher Verantwortung und Erfahrung sowie Vertreter der Wirtschaft und besonders betroffener Unternehmen beteiligt sein sollten. Dem Angebot zum Dialog steht die Erwartung gegenüber, sich an diesem zukunfts wichtigen Prozess aktiv, konstruktiv und ggf. auch finanziell zu beteiligen.
2. Die Stadtbürgerschaft spricht sich dafür aus, den Landesbeirat für Kunst im öffentlichen Raum zu bitten, diesen Prozess hin zur Realisierung eines solchen Mahnmales zu gestalten und zu moderieren. Sie bittet gleichzeitig die Landeszentrale für politische Bildung und ggf. andere Einrichtungen mit (pädagogischer) Ex-

peritise, dieses fachlich zu unterstützen. Ziel ist zunächst ein Konzept, das Anforderungen an Inhalt, Ort, Finanzierung sowie fachliche und pädagogische Gestaltung darstellt. Vor diesem Hintergrund soll ein breiter Ideenwettbewerb zur Realisierung durchgeführt werden. Bereits bestehende Entwürfe sollen einbezogen und beteiligt werden.

3. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat um Unterstützung des Prozesses, insbesondere dahingehend, die Umsetzung der Ergebnisse des Ideenwettbewerbes in gültiges Bau- und Planungsrecht vorzubereiten und die zuständigen Gremien zu beteiligen.
4. Die Stadtbürgerschaft bittet den Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft, einen interfraktionellen Arbeitskreis zur Begleitung dieses Projektes ins Leben zu rufen.

Claas Rohmeyer, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU